

Große Anfrage

der Abgeordneten Dr. Elke Leonhard, Robert Antretter, Dr. Eberhard Brecht, Freimut Duve, Markus Meckel, Volker Neumann (Bramsche), Dieter Schloten, Joachim Tappe, Margitta Terborg, Günther Verheugen, Karsten D. Voigt (Frankfurt), Josef Vosen, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Christoph Zöpel, Hans Berger, Hans Martin Bury, Jelena Hoffmann (Chemnitz), Dr. Uwe Jens, Volker Jung (Düsseldorf), Sabine Kaspereit, Herbert Meißner, Sigmar Mosdorf, Christian Müller (Zittau), Hermann Rappe (Hildesheim), Otto Reschke, Ernst Schwanhold, Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, Wieland Sorge, Dr. Dietrich Sperling, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Wolfgang Weiermann, Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD

Chancen der Globalisierung und Gestaltung der Außenwirtschaftspolitik

Die anhaltende konjunkturelle Schwäche der deutschen Wirtschaft droht, sich zu verfestigen und zu einem Dauerzustand zu werden. Im Verbund mit einem Mangel an Reformfähigkeit in der Bundesregierung resultieren daraus eine stetig wachsende Arbeitslosigkeit und die Schieflage unserer sozialen Sicherungssysteme. Langfristig gerät so die wirtschaftliche und soziale Stabilität unseres Staates in Gefahr mit weitreichenden Konsequenzen für den Standort Deutschland.

Vielfach wird diese Entwicklung mit den Anpassungszwängen an die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft begründet. Dem Verlust an internationaler Wettbewerbsfähigkeit müsse mit einem Abbau des Sozialstaates und einer allein an den Interessen der Unternehmen orientierten Politik begegnet werden. Die Erfolge verschiedener europäischer Länder, wie die Niederlande, Dänemark oder Großbritannien, stellen aber unter Beweis, daß man auch im Zeichen der Globalisierung wirtschaftlichen Erfolg und den Erhalt von sozialer Sicherheit in Einklang bringen kann.

Auch das Erscheinungsbild der deutschen Volkswirtschaft ist in sich widersprüchlich, als daß solch monokausale Erklärungen ausreichend wären. Während einerseits mit Hinweis auf die ausländische Konkurrenz Arbeitsplätze abgebaut und Produktionsstätten verlagert werden, erfreuen sich deutsche Exporteure eines andauernden Erfolges auf den Weltmärkten. Ohne diese Exporterfolge wären die außergewöhnlich weitreichenden Auswirkungen einer verfehlten Wirtschaftspolitik bereits wesentlich früher und deutlicher zu Tage getreten.

Deutschland braucht daher eine offensive und langfristig orientierte Außenwirtschaftspolitik als eine der entscheidenden Säulen einer aktiven Standortpolitik. Damit sich deutsche Produkte und Dienstleistungen in einer offenen Weltwirtschaft, aber auch auf den heimischen und europäischen Märkten in Zukunft behaupten können, bedarf es einer sorgfältigen Analyse der Stärken und Schwächen im internationalen Vergleich. Nur auf einer solchen soliden Basis wird es gelingen, das Ruder herumzureißen und das Schiff „Deutschland“ wieder auf Kurs zu bringen.

Die derzeitige Bundesregierung läßt eine solche Zukunftsorientierung nicht erkennen. Pauschale Argumente sollen die Richtungslosigkeit der aktuellen Außenwirtschaftspolitik verdecken. Die Verantwortung der Entscheidungsträger wird mit Hinweis auf die Globalisierung der Weltwirtschaft verleugnet. Es ist daher entscheidend zu wissen, ob zumindest die Determinanten eines zukünftigen wirtschaftlichen Erfolges richtig erkannt werden, um hierauf aufbauend die Möglichkeiten einer Kehrtwende zu erkennen.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

Determinanten der deutschen Exportwirtschaft

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung in der Leistungsbilanz seit 1990, gegliedert nach einzelnen Teilbilanzen?
2. Worin sieht die Bundesregierung besondere Erfolge der deutschen Wirtschaft, worin liegen die besonderen Schwächen, insbesondere im Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn?
3. In welchen Regionen besitzt die deutsche Wirtschaft eine starke, in welchen Ländern eine schwache Ausgangsposition, und wie ist diese regionale Verteilung zu erklären?
Welche Wirtschaftszweige sind besonders exportstark, welche besonders schwach?
4. In welchen Regionen und Wirtschaftszweigen sind die Steigerungsraten der Ausfuhren überdurchschnittlich hoch, und wo sind zuletzt Einbrüche zu verzeichnen gewesen?
In welchen Wirtschaftszweigen und gegenüber welchen Ländern ist in dieser Zeit ein Wechsel von Ausfuhrüberschüssen zu Importüberschüssen zu beobachten gewesen?
5. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse vor, aus welchen Ländern die Produkte in den Branchen stammen, in denen deutsche Produkte Marktanteile verloren haben?
Welche komparativen Vorteile besitzen diese Länder?
6. Über welche komparativen Vorteile verfügen die erfolgreichen deutschen Exporteure gegenüber der ausländischen Konkurrenz?
In welchen Branchen und auf welchen regionalen Märkten versäumen es deutsche Unternehmen, ihre Vorteile wahrzunehmen?

7. Welchen Anteil an den Exporten haben Vorprodukte und Dienstleistungen deutscher Unternehmen für ausländische Töchter?

Welchen Anteil an den Importen haben Vorprodukte und Dienstleistungen ausländischer Unternehmen für ihre deutschen Tochterunternehmen?

8. Hält die Bundesregierung das weitverbreitete Urteil, auch in der Außenwirtschaft seien die Dienstleistungen in Deutschland unterentwickelt, für berechtigt?

Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Situation der deutschen Dienstleistungsexporte und -importe?

Bedrohen die sich ständig verbessernden Übertragungsmöglichkeiten von Informationen und die schnellere Diffusion technischen Wissens den Dienstleistungssektor in Deutschland (Stichwort: „long distance services“)?

9. Wie beurteilt die Bundesregierung angesichts der zunehmenden länderübergreifenden Unternehmenskonzentration und -verflechtung die Exportchancen kleiner und mittlerer Unternehmen in Deutschland?

Welche Strategien der mittelständischen Wirtschaft sind geeignet, die natürlichen Schwächen gegenüber den großen, multinationalen Konzernen zu begegnen?

10. Wie haben sich die Ausfuhren ostdeutscher Unternehmen absolut und relativ zu denjenigen in den alten Bundesländern entwickelt?

In welchen Bundesländern ist die Wirtschaft überdurchschnittlich exportorientiert?

Bedeutung der Welthandelsnationen für Deutschland

11. Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorwurf führender Experten, die deutsche Wirtschaft habe im Gegensatz zu anderen Staaten die Bedeutung Japans als Absatzmarkt immer noch nicht erkannt?

12. Worin sieht die Bundesregierung die Gründe der ungebrochenen Exportstärke der japanischen Industrie trotz der Verteuerung des Yen und einer vorsichtigen Marktöffnung?

13. Sieht die Bundesregierung in dem chronischen Außenhandelsdefizit der USA eine Gefährdung für die Stabilität der Weltwirtschaft, wie sie sich zuletzt nach dem drohenden Verkauf von amerikanischen Staatsanleihen durch die japanische Regierung angedeutet hat?

Welche nationalen und internationalen Maßnahmen können das Ungleichgewicht in der amerikanischen Handelsbilanz langfristig beheben, und welche Wirkung hätte das auf die internationalen Handelsbeziehungen?

14. Sieht die Bundesregierung die Handelsbeziehungen zu den USA nach den Zwistigkeiten zwischen der EU und den USA als belastet an?

Welche Schritte sind in der Zukunft erforderlich, um diese Interessensgegensätze zu vermeiden?

15. Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß Maßnahmen wie der Helms-Burton-Act ein Einzelfall bleiben werden, oder ist mit einer Ausweitung solcher Aktionen zu rechnen?
16. Wann rechnet die Bundesregierung damit, daß sich die USA an Verhandlungen zu einer Liberalisierung der Finanzdienstleistungen beteiligen werden, und welche Initiativen will die Bundesregierung ergreifen, um in diesem Sektor Fortschritte zu erzielen?

Europäische Außenwirtschaftspolitik als Gemeinschaftsaufgabe

17. Wie hat sich der Außenhandel in den führenden Staaten der EU entwickelt, wenn man seit Schaffung des Binnenmarktes lediglich den Austausch von Waren und Dienstleistungen außerhalb der EU betrachtet?
18. Kann die Außenhandelspolitik als einer der ältesten Politikbereiche in der Verantwortung der EU als Vorbild für andere Politikbereiche genommen werden?
19. Welche Änderungen in der europäischen Außenwirtschaftspolitik sind nach dem Gipfel von Amsterdam und durch die Schaffung der Wirtschafts- und Währungsunion zu erwarten?
Welche Schritte zu einer besseren Koordination der Außenwirtschaftspolitik in der EU wären darüber hinaus notwendig?

20. Ist eine Ausweitung der Kompetenzen der EU auf andere handelsrelevante Themen (z. B. Dienstleistungsexport) sinnvoll?

Sollte die EU nach Auffassung der Bundesregierung weiterhin parallel durch die Kommission und die Mitgliedstaaten in der Welthandelsorganisation (WTO) vertreten sein, oder wäre eine einheitliche Vertretung zielführender?

Die WTO als Vorbote einer Welthandelsordnung

21. Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung der Uruguay-Runde des GATT bis heute?
22. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der in der Uruguay-Runde vereinbarte Zollabbau beschleunigt werden sollte, und welche Chancen sieht sie, einen solchen Verhandlungsprozeß in Gang zu setzen?
23. Hat sich der neue Streitschlichtungsmechanismus der WTO bewährt, und wie kann er verbessert werden?
Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu den derzeit laufenden Verfahren ein, und wie beurteilt sie die Chancen der EU in laufenden Verfahren mit Beteiligung der EU?

24. Können WTO-konforme multilaterale Abkommen nach dem Vorbild des Abkommens für die Informationstechnologie die WTO weiter voranbringen, oder höhlen solche Verträge die Kompetenz der WTO aus?

25. Welche langfristigen Zielsetzungen verfolgt die Bundesregierung in der WTO, und welche Fortschritte sind am dringlichsten?
26. Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu der Frage des Beitritts der Volksrepublik China ein?
- Kann Taiwan als eines der führenden Exportländer zugunsten der Volksrepublik China auf Dauer ausgeschlossen werden?
- Wie steht die Bundesregierung zu den WTO-Beitrittsgesuchen anderer Staaten?
27. Welchen Stand haben die Verhandlungen hinsichtlich der internationalen Seeschifffahrt erreicht, und welche weiteren Schritte hält die Bundesregierung für erforderlich?
28. Wie stellt sich die Umsetzung des Textil- und Bekleidungsabkommens der Uruguay-Runde aus Sicht der Bundesregierung dar, und welche konkreten Maßnahmen sind für eine weitere Umsetzung erforderlich?
29. Wie stellt sich die Bundesregierung zu der Meinung, daß die Möglichkeiten der am wenigsten entwickelten Länder zur Inanspruchnahme von Zollfreiheiten im Bekleidungssektor durch eine Ausnahme von den geltenden Ursprungsregeln verbessert werden sollten, da sie anderenfalls von diesen Präferenzen kaum profitieren können?
30. Teilt die Bundesregierung die Ansicht, daß die diversen Regeln zur Festlegung des präferentiellen Warenursprungs ein erhebliches nicht-tarifäres Handelshemmnis darstellen?
- Wäre eine Harmonisierung auf dem liberalen Niveau der im EWR geltenden Ursprungsregeln sinnvoll?
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chancen hierfür?

Einfluß der Regionalisierung des Handels

31. Gefährden weltweite Regionalisierungstendenzen den gleichberechtigten Austausch von Gütern weltweit?
32. Welche Fortschritte konnten in anderen regionalen Wirtschaftsräumen, wie z. B. MERCOSUR, NAFTA oder ASEAN, in den letzten zwei Jahren erzielt werden?
- Machen diese Erfolge einen Kurswechsel der deutschen oder europäischen Außenwirtschaftspolitik notwendig?
33. Wie beurteilt die Bundesregierung die Erfolgsaussichten weitergehender Initiativen wie der AFTA, der APEC oder einer transatlantischen TAFTA?
34. Inwieweit haben internationale Regeln hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge Erfolg gehabt?
- Sind der Bundesregierung konkrete Beispiele für Verhaltensänderungen bekannt?
- Konnten deutsche Unternehmen hiervon profitieren?

Multinationale Unternehmen

35. Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, daß der Umsatz vieler multinationaler Unternehmen das Bruttoinlandsprodukt manch europäischer Staaten übertrifft?
Welches Regulativ besitzt die deutsche Wirtschaftspolitik angesichts der Möglichkeiten multinationaler Unternehmen, sich nationalen Regeln und Anforderungen zu entziehen?
36. Wie beurteilt die Bundesregierung die zunehmende Konzentration in vielen Sektoren auf wenige weltweite Anbieter?
Welche Gefahren, welche Chancen bergen solche internationalen Oligopole?
37. Wie beurteilt die Bundesregierung die Gefahr der Gewinnverschiebung internationaler Konzerne durch interne Verrechnungspreise in Abhängigkeit von der Steuerpolitik eines Landes?
Sind nach Ansicht der Bundesregierung Maßnahmen zur Verhinderung eines Steuerdumpings innerhalb der EU notwendig?
38. Inwieweit ist eine Bevorzugung ehemals deutscher, aber heute als multinational zu bezeichnender Unternehmen gegenüber Konzernen mit Sitz im Ausland, aber deutschen Produktionsstätten noch gerechtfertigt?
Sollte nicht dem deutschen Anteil an der Wertschöpfung eines Produktes größere Bedeutung zukommen als dem Sitz der Hauptverwaltung?

Rolle der „neuen Themen“ in der Agenda des Welthandels

39. In welchem Verhältnis stehen nach Auffassung der Bundesregierung Exporte und Direktinvestitionen zueinander?
Welche Motive für Direktinvestitionen im Ausland sind vorrangig?
40. Besteht eine Korrelation zwischen dem Exporterfolg deutscher Unternehmen und Direktinvestitionen im Ausland?
Gilt dies auch umgekehrt?
41. Welche Umstände sind für die relativ geringen Direktinvestitionen in Deutschland trotz der massiven Werbung zugunsten der neuen Bundesländer verantwortlich?
Hat sich der europäische Binnenmarkt hierbei nachteilig bemerkbar gemacht, da der freie Zugang zum deutschen Markt von allen Standorten innerhalb der EU möglich ist?
Welche Gründe führen ausländische Investoren für Investitionen in Deutschland an?
42. Welche Chancen hat der Schutz geistigen Eigentums im neuen Zeitalter der Informationstechnologien noch?
Welche Erfolge zeitigt in den Augen der Bundesregierung das TRIPS-Abkommen bisher, und inwieweit sollte das Abkommen erweitert werden?

43. Inwieweit ist eine Ungleichbehandlung von Gütern zum Schutz der Umwelt gerechtfertigt?

44. Könnte die Senkung der Mindestzahl von Unterzeichnern multinationaler Umweltabkommen zur Anwendung der Ausnahmeregelung dem Schutz der Umwelt dienen?

45. Sieht die Bundesregierung im Öko- und Sozillabeling eher eine Maßnahme zum Erhalt der Konsumentensouveränität oder eine diskriminierende Einschränkung des Güteraus-tauschs?

Welche Maßnahmen können gegen einen Mißbrauch dieses Instrumentes unternommen werden?

46. Welche Rolle sollten der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in der internationalen Außenwirtschaftspolitik und im Verhältnis zur WTO zukommen?

47. Welchen Stellenwert können nach Ansicht der Bundesregie-rung die Menschenrechte in der Außenwirtschaftspolitik haben?

Unter welchen Bedingungen können solche Maßnahmen zur besseren Beachtung dieser grundlegenden Rechte angewen-det werden?

Exportförderung als nationale Aufgabe

48. Welche aktiven Maßnahmen der Exportförderung sieht die Bundesregierung als besonders erfolgreich an?

Welche haben sich als wenig erfolgreich erwiesen?

49. In welchem Verhältnis sieht die Bundesregierung ihre Förder-politik zu den außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Landes-regierungen?

Ergänzen sich diese oder wird ein schädlicher Wettbewerb der Bundesländer untereinander geführt?

50. Welche Rolle spielt eine aktive Informationspolitik im Ausland und für die Unternehmen in Deutschland?

Welche zusätzlichen Mittel sind in den letzten Jahren hierfür bereitgestellt worden, und wie stellt sich dies in Relation zu den wichtigsten Handelsnationen dar?

51. Wie werden die Aktivitäten in der Außenwirtschaftspolitik der Bundesministerien für Wirtschaft, der Finanzen und für wirt-schaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie dem Auswärtigen Amt koordiniert?

Inwieweit sind Vertreter der Wirtschaft hieran beteiligt?

52. Ist es der Bundesregierung gelungen, eine klare Arbeits-teilung bei der politischen Flankierung wirtschaftlicher Akti-vitäten zwischen den Botschaften und Konsulaten einerseits und den Außenhandelskammern andererseits herzustellen?

53. Unterscheidet die Bundesregierung bei der Exportförderung noch zwischen deutschen Unternehmen und deutschen Töch-tern ausländischer Firmen, oder wird angesichts der Inter-

nationalisierung von Konzernen die Wahl des Produktionsstandorts wichtiger als die Eigentümerschaft oder der Hauptsitz der Verwaltung?

54. Inwieweit sind Qualifikation und Schulausbildung als Exponenten des Erfolgs deutscher Unternehmen zu bewerten?

Welche Rolle spielt dieser Produktionsfaktor im Verhältnis zu anderen Faktoren?

Will die Bundesregierung dieses Wissen speziell fördern?

Wie könnten insbesondere die fremdsprachlichen und landeskundlichen Kenntnisse der Bevölkerung gegenüber dem jetzigen Stand verbessert werden?

Bonn den, 30. März 1998

Dr. Elke Leonhard

Robert Antretter

Dr. Eberhard Brecht

Freimut Duve

Markus Meckel

Volker Neumann (Bramsche)

Dieter Schloten

Joachim Tappe

Margitta Terborg

Günther Verheugen

Karsten D. Voigt (Frankfurt)

Josef Vosen

Gert Weisskirchen (Wiesloch)

Dr. Christoph Zöpel

Hans Berger

Hans Martin Bury

Jelena Hoffmann (Chemnitz)

Dr. Uwe Jens

Volker Jung (Düsseldorf)

Sabine Kaspereit

Herbert Meißner

Sigmar Mosdorf

Christian Müller (Zittau)

Hermann Rappe (Hildesheim)

Otto Reschke

Ernst Schwanhold

Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk

Wieland Sorge

Dr. Dietrich Sperling

Dr. Peter Struck

Wolfgang Thierse

Wolfgang Weiermann

Rudolf Scharping und Fraktion